

Sandra Scheeres
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin

Aufforderung zur sofortigen Rücknahme der neuen „Quereinsteigenden-Regelung“

Berlin, 25.03.2019

Sehr geehrte Frau Scheeres,

wir absolvieren derzeit unseren Vorbereitungsdienst im Land Berlin, welchen wir voraussichtlich im Juni 2019 beenden werden. Trotz der schwierigen Arbeitsbedingungen im Bundesvergleich (hohe Klassenstärken, fehlende Verbeamtung, hohe Arbeitsbelastung durch wachsende Heterogenität auf allen Ebenen etc.) waren wir bereit, im Anschluss daran in Berlin zu arbeiten. Vor ein paar Wochen änderte sich dies.

Eine neue Regelung seitens der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie nötigt viele Schulleitungen nun dazu, ausgebildete Lehrkräfte abzulehnen, solange sie nicht zeitgleich Quereinsteiger*innen ausbilden oder einstellen. Die Regelung wurde zu einem Zeitpunkt getroffen, zu welchem viele von uns bereits Zusagen von ihren Ausbildungsschulen bekommen hatten, die dann wieder zurückgezogen werden mussten. Auch andere interessierte Schulen mussten uns, trotz des hohen Bedarfs, vor allem in den Mangelfächern, wegen dieser Regelung absagen. Mit dieser Regelung bringen Sie nicht nur die Referendar*innen gegen sich auf und fördern eine verstärkte Abwanderung gut ausgebildeter Lehrkräfte in andere Bundesländer, sondern verärgern auch die Schulleitungen.

Es folgen Ausschnitte zweier Mails von Schulleitungen, die uns wegen der neuen Regelung ablehnen mussten:

„[...] leider sind mir die Hände gebunden. Es sieht so aus, dass ich keine Laufbahnbewerber*innen einstellen werden darf. Das ist eine sehr missliche Situation. Mehr kann ich leider nicht mitteilen. [...]“

„[...] die neue Regelung zu den Quereinsteiger*innen verwehrt es mir zurzeit, Ihnen eine Zusage zu geben. Ich möchte betonen, dass ich Sie gerne am xy Gymnasium begrüßt hätte. Ich wünsche Ihnen alles Gute und muss Sie wohl oder übel ziehen lassen. [...]“

Solche Absagen erhielten nicht nur diejenigen unter uns, die Mangelfächer unterrichten, sondern auch solche, für deren Fächer es überhaupt keine Quereinsteiger*innen gibt. Daran zeigt sich, dass der Erlass der Senatsverwaltung eine Farce ist. Laufbahnbewerber*innen, die es wegen ihrer Fächerkombination ohnehin schwer haben,

Stellen an Oberschulen zu finden, erhalten aufgrund der neuen Regelung Absagen von Schulen, die sie sehr gerne eingestellt hätten. Ihnen wird nichts anderes übrig bleiben, als an Grundschulen anzufangen, an denen sie im Übrigen fachfremd unterrichten würden, da sie ausgebildete Gymnasial- und ISS-Lehrkräfte sind.

Hinzu kommt, dass die Regelung weder uns noch den betroffenen Schulleitungen schriftlich vorgelegt wurde. Was der Senat damit bezweckt, ist nicht ersichtlich. Klar ist, dass dies bei allen Beteiligten noch mehr Verunsicherung verursacht als es ohnehin bisher schon der Fall war.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erkennt damit, dass Schulen Orte sein sollten, an denen sich Lernende und Lehrende gleichermaßen wohlfühlen und frei entfalten können. Nach unserem Verständnis sollten auch Lehrkräfte einen Anspruch darauf haben, ihre Arbeitsbedingungen entscheidend mitgestalten zu können. Die von der Senatsverwaltung erlassene Regelung bewirkt das Gegenteil. Obwohl Schulen, in deren Kollegien wir bereits etabliert sind oder an denen wir gerne arbeiten würden, einen erhöhten Bedarf an unseren Fächern haben, dürfen diese uns nicht beschäftigen. Stattdessen müssen sie zunächst Quereinsteigende einstellen, die länger eingearbeitet und intensiver fortgebildet werden müssen.

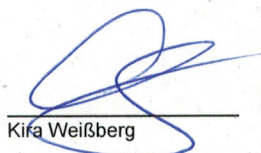
Die Erfahrung unserer Kolleg*innen, die als Quereinsteiger*innen an Schulen arbeiten, zeigt, dass eine adäquate Betreuung dieser nur gewährleistet werden kann, wenn alle an einem Strang ziehen. Die Schulen sind darauf angewiesen, dass ausgebildete Lehrkräfte den Quereinsteigenden unter die Arme greifen. Die nun getroffene Regelung vergiftet jedoch das Klima zwischen diesen beiden Berufsgruppen. Wenn der Senat daran festhält, wird es kaum mehr ein angenehmes und konstruktives Miteinander an den Schulen geben. Darunter leiden vor allem die Quereinsteiger*innen.

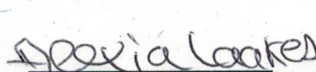
Das Land Berlin, allen voran die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, geht außerdem davon aus, dass allein das hohe Einstiegsgehalt junge Lehrkräfte dazu bewegen kann, in Berlin zu bleiben – dem ist nicht so. Vielmehr würden wir uns eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen wünschen. Die Verringerung der zu unterrichtenden Wochenstunden sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit Sonderpädagog*innen sowie Erzieher*innen wären erste Schritte in die richtige Richtung. Durch solche Maßnahmen kann die Arbeit an Brennpunktschulen für Laufbahnbewerber*innen attraktiver gestaltet werden. Nicht jedoch durch die Bevorzugung von Quereinsteiger*innen an sämtlichen anderen Schulen - zumal diese (meist) unbefristete Verträge erhalten, wodurch die Plätze langfristig vergeben sind.

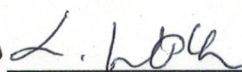
Aus den genannten Gründen ist es demnach nicht verwunderlich, dass viele Lehrkräfte diese Regelung als respektlos erachten und sich übergangen fühlen, sodass nun, wie bereits erwähnt, viele von uns in Erwägung ziehen, das Land Berlin zu verlassen! Daher muss sich - insbesondere hinsichtlich der neuen Regelung - etwas ändern!

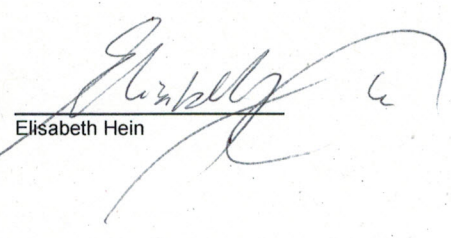
Wir fordern Sie deshalb dazu auf, die betreffende Regelung mit sofortiger Wirkung zurückzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen


Kira Weißberg


Alexia Laakes


Lena Wolk


Elisabeth Hein